



### Presseschau vom 16.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends/nachts:

*Dan-news.info*: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa zu den Ergebnissen der Sitzung in Minsk:

Bei der letzten Sitzung in Minsk, die am 14.02.18 stattfand, hat sich die ukrainische Seite geweigert, die zweite Etappe des bevorstehenden Austauschs von festgehaltenen Personen zu erörtern, genauso wie die übrigen Fragen der Tagesordnung, und hat eigenmächtig und unmotiviert die Sitzung der Unterarbeitsgruppe zu humanitären Fragen verlassen und so eine Respektlosigkeit gegenüber allen Teilnehmern des Verhandlungsprozesses gezeigt.

Weil wir auf einem möglichst schnellen Austausch und der Erörterung der übrigen Fragen bestehen, wurde die Entscheidung getroffen den Verhandlungsprozess ohne Beteiligung des offiziellen Vertreters Kiews durchzuführen, um den Koordinator der Untergruppe sowie die Vertreter der dreiseitigen Kontaktgruppe über die derzeitige Situation und die Positionen der DVR zu informieren.

Wir haben folgende Forderungen vorgebracht:

- dringend im Rahmen der erreichten Vereinbarungen vom 15.11.17 die Bürger der RF freizulassen, die aus der Austauschliste ausgeschlossen wurden und derzeit den Status freier Bürger haben;
- eine Antwort auf die zuvor eingereichte Frage über den Gang der Strafverfahren und die gefassten prozessualen Lösungen in Bezug auf die ausgetauschten Personen vom 27.12.17 vorzulegen;
- Maßnahmen zur unverzüglichen Rückgabe von Personaldokumenten, die von den Rechtsschutzorganen der Ukraine den in Folge des Austauschs auf das Territorium der DVR

übergegangenen Personen entzogen wurden, zu ergreifen;

- dringend die strafrechtliche Verfolgung der Beteiligten des letzten Austauschs, die den Wunsch geäußert haben, aufgrund sozialer und verwandtschaftlicher Verbindungen auf dem von der Regierung der Ukraine kontrollierten Territorium zu bleiben, zu beenden und diese aus der Untersuchungshaft freizulassen.

In der Formel „16 gegen 6“, die von der ukrainischen Seite vorgeschlagen wurde, sind Personen eingeschlossen, die zuvor in so genannte „Kategorien“ eingeteilt wurden: „besonders schwere Verbrechen“ (1 Person), „Verbrechen, die nicht mit der Durchführung der ATO verbunden sind“ (11 Personen) und vier Personen, die vor kurzem von Spezialdiensten der Ukraine festgenommen wurden, aber von den Vertretern der DVR nicht in die Austauschliste aufgenommen wurden. Dieser Vorschlag ist für uns unannehmbar, weil wir die Beendigung der Aufteilung in Kategorien durch die ukrainische Seite als Möglichkeit bewerten, eine vollwertige zweite Austauschetape nach der Formel „alle festgestellten gegen alle festgestellten“ durchzuführen.

Ich will unterstreichen, dass die DVR trotz des Verhaltens des offiziellen Vertreters Kiews in unserer Untergruppe und dem Unwillen, zuvor übernommene Verpflichtungen zu erfüllen, eine Unterstützerin einer möglichst schnellen Rückkehr aller festgehaltenen Personen bleibt.

Mptdnr.ru: Am 14. Februar hat im Festsaal der Eisenbahnwerkhalle eine allgemeine Versammlung des Arbeitskollektivs des staatlichen Unternehmens „Dokutschajewsker Gesteinskombinat“ stattgefunden, bei dem ein Tarifvertrag beschlossen wurde.

An der Veranstaltung nahmen der Direktor des Dokutschajewsker Gesteinskombinats Iwan Fomitschew, der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Grundorganisation des Unternehmens Artjom Gordienko, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Bergleute und Metallarbeiter der DVR Igor Shadan sowie der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin teil.

Im Verlauf der Versammlung erörterten 250 Delegierte aus allen Werkstätten einen der wichtigen Rechtsakte, die die sozialen und Arbeitsbeziehungen in dem Unternehmen regeln, und bestätigten ihn. Der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Grundorganisation des Dokutschajewsker Gesteinskombinats Artjom Gordienko merkte an, dass in dem Tarifvertrag alle sozialen Garantien, die in dem Unternehmen schon vorher existierten, erhalten sind. „Bei der Ausarbeitung des neuen Dokuments haben wir besondere Aufmerksamkeit darauf gelegt, Vorschläge aus den Werkstattstrukturen des Unternehmens einzubringen. Bis heute wurden alle Wünsche behandelt und alle notwendigen Korrekturen in den Tarifvertrag eingearbeitet“, sagte Artjom Gordienko. Auf der Versammlung wurden auch Fragen der Beschäftigung des Personals, von Lohnzahlungen und die Situation auf dem Absatzmarkt für die Produkte diskutiert. Die Gäste der Veranstaltung, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Bergleute und Metallarbeiter der DVR Igor Shadan und der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin, berichteten, wie die Lage der Dinge in anderen Unternehmen des Bergbau- und Metallkomplexes der DVR und der LVR steht und wie die Fragen des Wiederaufbaus der Produktion gelöst werden.

Nach der Erörterung wurde der Tarifvertrag mit der Mehrheit der Stimmen angenommen. Der Direktor des Unternehmens Iwan Fomitschew wandte sich an die Anwesenden: „Der schwierige Produktionskomplex Staatliches Unternehmen Dokutschajewsker Gesteinskombinat funktioniert dank der Professionalität und der Selbstlosigkeit des Kollektivs, deren Mitglieder nun sozial geschützt sind“.

**vormittags:**

de.sputniknews.com: US-Admiral spricht von „Bedrohung“ in Kontakten Russlands zu Lateinamerika

Die Beziehungen Russlands zu Kuba, Nicaragua und Venezuela bergen laut dem Chef des Süd-Kommandos der US-Streitkräfte, Admiral Kurt Tidd, möglicherweise eine „kritische Bedrohung“ für die USA in sich.

Die steigende Präsenz Russlands mit seinen „Cyber- und Aufklärungsmöglichkeiten“ in den Häfen dieser Staaten ermögliche es Moskau, Aufklärungsinformationen zu erhalten, sagte Tidd vor den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses des US-Senats.

Die „zuverlässigen Beziehungen“ Moskaus zu den drei genannten Ländern Lateinamerikas würden der russischen Seite „eine regionale Plattform gewähren, die auf Objekte und Aktiva der USA und ihrer Partner abzielt“.

Nach Meinung des Militärs könnte Russland „letzten Endes aus der Rolle eines regionalen Schädlings auf das Niveau einer kritischen Bedrohung für die USA steigen“.

Tidd bezeichnete Russland als einen „strategischen Konkurrenten“. Nach seiner Behauptung wolle Moskau „die Partnerbeziehungen der USA“ zu den Ländern der Region zerstören und die Interessen Washingtons „untergraben“.

In dem Wunsch, „die öffentlichen Stimmungen zu beeinflussen“, versuche Moskau, so Tidd weiter, mit „Nachrichten in spanischer Sprache und Multimedia-Diensten“ falsche Informationen in Lateinamerika zu verbreiten.

Moskau pflegt zu vielen lateinamerikanischen Staaten gute Beziehungen. Seit dem Start der von den USA verhängten Wirtschaftssanktionen und den daraus resultierenden Gegensanktionen verstärkte Moskau auch den wirtschaftlichen Austausch mit der Region, unter anderem durch mehrere Wirtschaftsabkommen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schützenpanzerwaffen wurden die Positionen in den Gebieten von **Nishneje Losowoje, Kalinowo und Kalinowka** beschossen. Zerstörungen von Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **neunmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **sechs Ortschaften** der Republik mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Schrottreife ukrainische Schiffe auf Krim: Kiew fordert Reparatur auf Moskaus Kosten

Kiew verlangt von Moskau, die auf der Krim zurückgelassenen Schiffe im reparierten Zustand der Ukraine zurückzugeben. Diese Forderung äußerte der stellvertretende Sekretär des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, Michail Kowal, bei der Vernehmung vor Gericht zum Fall des Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch.

Der TV-Sender „112 Ukraina“ hat die Videoaufnahme dieser Vernehmung auf YouTube veröffentlicht. In der Gerichtsverhandlung erklärte Kowal, dass das Landungsschiff „Konstantin Olschanski“ unter russischer Flagge mehrmals im Mittelmeer gewesen sei. „Sie haben dieses Schiff gehetzt! Alle anderen Schiffe, die sie erobert haben, haben sie zu Spendern gemacht. Sie haben alle unsere Schiffe ausgeschlachtet“, so Kowal.

Ferner erklärte er, Russland müsse die Schiffe auf dem Gerichtswege der Ukraine instandgesetzt zurückgeben, „in einem solchen Zustand, wie man sie genommen hat, und nicht anders“.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte sich am 11. Januar bereit erklärt, dutzende auf der Krim stationierte ukrainische Kriegsschiffe und Kampffjets an Kiew zurückzugeben. Der ukrainische Regierungschef Wladimir Groisman äußerte daraufhin die „Gegeninitiative“, die Halbinsel unter die Kontrolle Kiews zurückzugeben. Der Außenminister der Ukraine, Pawel Klimkin, erklärte, dass Kiew nicht auf Putins „Trick“ hereinfallen werde.

Hier sei angemerkt, dass sich die dort stationierten ukrainischen Schiffe schon vor der Wiedervereinigung der Krim mit Russland in einem traurigen Zustand befanden. Zum Beispiel habe das große Landungsschiff „Konstantin Olschanski“ schon seit 2013 dringend eine ernsthafte Reparatur gebraucht.

Im Sommer 2015 hatte das Verteidigungsministerium der Ukraine seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die seit 2014 auf der Krim befindlichen Schiffe der ukrainischen Marine in die Heimat zurückkehren werden. Bis zum März 2014 befanden sich 70 Schiffe der Ukraine auf der Krim, mehrere von ihnen waren noch Anfang März 2014 auf Entscheidung der ukrainischen Militärbehörde entsorgt worden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31914/08/319140859.jpg>

de.sputniknews.com: Stimmung besser als politische Oberfläche zu glauben erlaubt - Siemens Russland-Chef

Trotz einiger politischer Spannungen mit westlichen Sanktionen und Importsubstitutionen ist laut dem Präsidenten von Siemens OOO Rus, Dr. Dietrich Möller, die Stimmung besser als das vielleicht die politische Oberfläche zu glauben erlaubt.

Während des russischen Investitionsforums in Sotschi sagte er im Gespräch mit Sputnik-Korrespondent Nikolaj Jolkin, dass „sich die Geschäfte wieder nach oben bewegen und dass Siemens einige aussichtsreiche Projekte in diesem Jahr schon erfolgreich akquiriert hat. Denn wir haben in Russland eine sehr breite lokale Produktion in fast zehn Werken. Und wir sehen, dass auch die Auslastung dieser Werke wieder zunehmend steigt.“

Der Siemens Russland-Chef fährt fort: „Die Sanktionen betreffen nur zu einem sehr kleinen Teil unser Geschäft. Wir haben, außer einigen Ausnahmen, alle Verträge erfüllt. Sanktionen und beliebige protektionistische Maßnahmen halten wir natürlich nicht für positiv. Das sind Beschränkungen für das Geschäft. Das ist nicht gut. Auf der anderen Seite müssen wir als

Firma die Priorität der Politik beachten, der russischen Politik, aber auch der westlichen Politik.“

Insofern müsse man sich an die Sanktionen halten, meint Möller, „was wir im Übrigen auch tun. Staatliche Beschlüsse, seien das nun Sanktionen der Europäischen Union oder die der Russischen Föderation, haben Gesetzeskraft. Und an diese Gesetze muss man sich halten. Wer diese Gesetze umgeht, der macht sich strafbar. Insofern akzeptieren wir die Priorität der Politik und halten uns an alle einschlägigen exportkontrollrechtlichen Regelungen. Und wir sind damit auch gar nicht so schlecht gefahren. Es ist so, dass nur ein verschwindend kleiner Teil davon betroffen ist, und wir optimistisch in diesem Geschäftsjahr sind.“

Das Investitionsforum in Sotschi sei deshalb interessant, so der Siemens-Präsident in Russland, weil man hier alle wichtigen Entscheidungsträger treffe und mit Gouverneuren reden könne, mit vielen Ministern und Generaldirektoren vieler Firmen. „Insofern ist Sotschi für mich in erster Linie eine Networking Plattform, wo man kommunizieren und sich abstimmen kann. Wir haben in Anwesenheit von Premierminister Medwedew hier einen Vertrag unterschrieben. Es geht um einen Rangierbahnhof am Hafen Taman, in der Nähe von Sotschi.“...

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 9. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dokutschajewsk, der Flughafen (Spartak, Volvo-Zentrum), Alexandrowka (Trudowskije), Leninskoje, Kominternowo.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 180 In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 391.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Polen findet Mittel zur zahlenmäßigen Begrenzung einreisewilliger Ukrainer

Die polnischen Behörden haben damit begonnen, die Ukrainer, die Aufenthaltsanträge für Polen eingereicht haben, nach ihrer Einstellung zum ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) zu fragen. Darüber schreibt die Zeitung „Rzeczpospolita“.

In dem Fall, wenn ein Antragsteller um die Antwort verlegen ist oder sich seine Antwort als unpassend erweist, wird seine Bitte abgelehnt, so die Zeitung.

Der Sprecherin der ukrainischen Diaspora in Polen, Natalja Pantschenko, zufolge hat Warschau auf diese Weise bereits einem ukrainischen Bürger, der aufgrund seiner polnischen Abstammung das Aufenthaltsrecht im Land beansprucht hatte, die Einreise verweigert. Nach seiner Einstellung zu den Aktivitäten der UPA gefragt, sagte der Mann: „Ich weiß nicht, ein jeder hat seine eigene Wahrheit. Man sagt jedoch, sie hätten in Polen und in der Ukraine herumgeplündert. Ich bin der Sache nie auf den Grund gegangen.“ Eine weitere Frage galt dem Wolhynien-Massaker.

Nach Auffassung der polnischen Behörden zeugen solche Antworten davon, dass die Ukrainer



um die OUN/UPA (Organisation Ukrainischer Nationalisten/Ukrainische Aufstandsarmee) wüssten, jedoch sich nicht negativ darüber äußern wollten, werde doch diese Organisation in der Ukraine gerühmt und verherrlicht.

Der polnische Senat (Parlamentsoberhaus) hatte in der Nacht zum 1. Februar das Gesetz über das polnische Institut des Nationalen Gedenkens verabschiedet, das eine strafrechtliche Verantwortlichkeit für die Leugnung der Teilnahme der ukrainischen Nationalisten und Mitglieder der mit dem Dritten Reich verbundenen ukrainischen Organisationen an den Verbrechen gegen die Polen im Zeitraum von 1925 bis 1950 vorsieht.

Das „Anti-Bandera-Gesetz“ war vor mehr als einem Jahr von der Partei „Kukiz’15“ vorgelegt und auf Eis gelegt worden.

Die Kämpfer der Ukrainischen Aufstandsarmee (der militante Flügel der Organisation Ukrainischer Nationalisten) unternahmen im Jahr 1943 ethnische Säuberungen unter der polnischen Bevölkerung des zur Sowjetunion gehörenden Gebietes Wolhynien, die später als Wolhynien-Massaker bekannt wurden. Nach unterschiedlichen Schätzungen wurden damals in Wolhynien 30.000 bis 100.000 Menschen getötet. Stepan Bandera war einer der OUN-Führer.

Ukrinform.ua: "NotPetya": USA beschuldigen Russland der Cyberattacke

Die USA haben das russische Militär für einen Cyberangriff im vergangenen Jahr verantwortlich gemacht.

Am Donnerstag erklärte das Weiße Haus: "Im Juni 2017 führte das russische Militär die zerstörerischste und verlustreichste Cyber-Attacke in der Geschichte durch". Die Schadsoftware "NotPetya" habe sich weltweit verbreitet und Schäden in Milliardenhöhe in Europa, Asien und Amerika verursacht. Der Angriff sei ein Teil der Versuche des Kreml, die Ukraine zu destabilisieren, gewesen. Laut dem Weißen Haus werde diese „rücksichtslose Cyber-Attacke international Konsequenzen haben".

Von dem Cyberangriff waren in der Ukraine zahlreiche Unternehmen und Behörden betroffen.

Dan-news.info: „Heute um 9:30 Uhr geriet das **Gebiet des Bergwerks 6/7 in Gorlowka** unter Beschuss der ukrainischen Truppen. Dabei wurden einige Häuser in der Otetschestwennaja-Straße, Nr. 54/2, 50/1 und 48 beschädigt“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakobow mit.

Nach Angaben des GZKK haben die ukrainischen Truppen aus Richtung Dsershinskoje mit Abwehrgeschützen geschossen. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Schon wieder „sabotiert“ Russland die Ukraine – Westen ist gestresst  
Eine packende, weil grundsätzlich neue Epoche ist es, in der wir leben: Einst todgesagte Außenseiter der Geopolitik haben plötzlich die Kraft, es mit den Mächtigsten der Welt aufzunehmen. Dass der Westen da in Hektik verfällt, ist fast schon verständlich – oder auch nicht, schreibt die Politologin Irina Alxnis für „Sputnik“.

Russland rüstet sich für einen Angriff auf die britische Infrastruktur, auf Stromnetze und Gasleitungen – „tausende und abertausende Tote“ könnten die Folge sein, alarmierte Großbritanniens Verteidigungsminister Gavin Williamson vor nicht mal einem Monat die Öffentlichkeit.

Jetzt, nur kurze Zeit später, bläst das britische Außenministerium ins gleiche Horn: Russland sei schuld am Cyber-Angriff mit dem Virus NotPetya im Sommer letzten Jahres, so der britische Vize-Außenminister Tariq Ahmad in einer schriftlichen Mitteilung.

Die Attacke sei zwar als krimineller Überfall getarnt worden, aber ihr Ziel sei der Finanz-, Energie- und Staatssektor der Ukraine gewesen – verantwortlich seien „die russische Regierung, insbesondere die russische Armee“.

Was in der Mitteilung des Vize-Außenministers folgt, sind inzwischen zum Standard gewordene Vorwürfe: Russland verletze die Souveränität der Ukraine und müsse endlich „ein verantwortungsvolles Mitglied der Völkergemeinschaft“ werden.

Beweise, dass der Kreml mit dem Cyber-Angriff etwas zu tun hat, werden natürlich nicht angeführt. Und damit reiht sich die Mitteilung des britischen Außenministeriums in die große Palette jener Übel ein, die der Westen Russland immer wieder anlastet – ob „falsche“ Wahlergebnisse irgendwo auf der Welt, Einsatz von Klimawaffen oder Machtbestrebungen gegenüber den Nachbarländern.

Man muss schon sagen, dass aus russischer Sicht das alles zunehmend absurd wirkt. Natürlich schmeicheln diese vom Westen verbreiteten Vorstellungen von Moskaus Allmacht unserem Nationalstolz. Aber der Höhepunkt der russlandfeindlichen Hysterie ist bereits überschritten: Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen normalisieren sich allmählich.

Man könnte fast glauben, diese Vorwürfe werden ziellos abgefeuert, aus einem Automatismus heraus, würden die Dichte und Regelmäßigkeit solcher Seitenhiebe gegen Russland einem nicht zu denken geben.

In der Tat haben die letzten Jahre den westlichen Ländern viele Überraschungen bereitet. Nicht nur von Russland – auch von China, von Indien und anderen Ländern.

Es ist nämlich ersichtlich geworden, dass der technische Rückstand ehemaliger Entwicklungsländer – lange Zeit der Garant westlicher Übermacht – überwunden werden kann, wenn es den politischen Willen dazu gibt.

Und es hat sich auch gezeigt, dass der technische Fortschritt manchen Ländern punktuell zu Durchbrüchen verhelfen kann, auch wenn die Wirtschaft dieser Länder weniger glänzend dasteht – siehe Nordkorea.

Bei all den Sanktionen und Restriktionen haben die Nordkoreaner ihr Raketenprogramm aus dem Stadium allgemeinen Gelächters und Gespötts heraus so weit vorangebracht, dass deren Nachbarn ihnen inzwischen die Hand zum freundschaftlichen Nebeneinander reichen.

Angesichts solcher Beispiele stellt sich dem Westen die Frage, ob denn all die Länder, die er jahrhundertlang kolonisierte, ausbeutete, ausnutzte, demütigte, wo er Völkermorde verübte – ob diese Länder nicht früher oder später Vergeltung üben würden. Überrascht es angesichts solch einer Lage wirklich, dass der Westen nervös wird?

Russland ist für den Westen jedenfalls so etwas wie die Quintessenz dieser Entwicklung, der Spiegel seiner Ängste: Der besiegte Gegner, vor kurzem noch vernichtet, zerschlagen und auf der Müllhalde der Geschichte entsorgt, kommt aus irgendeinem Grund wieder zu Kräften und greift auch noch nach der Führungsrolle.

Da wundert es nicht, dass westliche Eliten – auch die in Großbritannien – wegen der „russischen Gefahr“ in Neurosen verfallen. Man könnte fast schon Mitleid mit ihnen haben. Oder auch nicht.

## **Nachmittags:**

[Ukrinform.ua: „Normandie-Format“: Drei statt vier Außenminister treffen sich in München](#)  
[Das Außenministertreffen im „Normandie-Format“ in München wird ohne den französischen Minister stattfinden.](#)

[Das sagte der Außenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, den ukrainischen Journalisten in München, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Der französische Chef-Diplomat Le Drian könne aus „wichtigen Gründen zur Konferenz in München nicht kommen“. Klimkin betonte weiter, dass es wichtig sei, dass das Treffen stattfinde. „Ich brauche dieses Treffen, um Schlüsselemente unserer Position zu präsentieren.“ Klimkin wolle beim Treffen über](#)

einen Gefangenenaustausch, über humanitäre Komponenten, über Ereignisse auf der besetzten Krim, die „zur Hölle für Ukrainer und Krimtataren wurde“, sprechen. Für ihn sei auch die Sicherheitslage, die sich verschlechtert, wichtig. „Wir sind uns sicher, dass es nicht zufällig ist, das wird absichtlich gemacht.“

Nach den Worten des ukrainischen Minister habe er zuvor bei Treffen mit Le Drian in Paris und Kuwait alle Fragen ausführlich erörtert. Der französische Minister habe versichert, er werde bei den nächsten Treffen die gemeinsame (ukrainisch-deutsch-französische) Position konsequent verteidigen.

rusvesna.su: Der Appetit wächst: Ukrainisches Außenministerium bezeichnet München als ukrainische Stadt

Es ist schon lange bekannt, dass national eingestellte Ukrainer eine Reihe russischer Gebiete, wie zum Beispiel Belgorod oder den Kuban, für ihre eigenen halten. Doch der Chef des Außenministeriums der Ukraine, Pawel Klimkin, ging in seinen kühnen Phantasien noch weiter und bezeichnete München als eine ukrainische Stadt.

„Ich bin sehr oft hierher gekommen und denke, dass auch München eine ukrainische Stadt ist“, sagte er anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel am Konsulat der Ukraine in der deutschen Stadt.

„Hier gab es sehr viele Ukrainer, man kann sich die Geschichte Münchens nur schwer vorstellen ohne uns, ohne alle, die hier waren, die hier gekämpft haben“, fügte der ukrainische Außenminister hinzu.

armiyadnr.su: Bericht des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR Hauptmann Daniil Bessonow:

Die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik haben planmäßige Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt und den Prozess der Vervollkommnung der Fähigkeiten der Panzergrenadier- und Panzerbataillone fortgesetzt.

In den letzten 24 Stunden wurden **neun Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

**In der letzten Woche hat der Gegner den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur verstärkt.** Durch zielgerichteten Mörserbeschuss wurde ein Gebäude der Donezker Filterstation beschädigt, aber es ist den Kiewer Besatzern nicht gelungen, die Wasserversorgung in die Ortschaften der Republik zu unterbrechen.

Wir haben von den ukrainischen Kriegsverbrechern natürlich hinterhältige Aktivitäten während des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk erwartet, weil das für sie schon ein System ist. Aber der erschreckende Fall, der am 14. Juli erfolgt ist, erschüttert durch seinen Zynismus und bestätigt ein weiteres Mal das Verhältnis der ukrainischen Besatzer zur Bevölkerung des Donbass.

Die Strafsoldaten aus der 93. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Klotschkow haben mitten am Arbeitstag einen zielgerichteten Beschuss mit Schützenpanzern auf das Gebäude der Schule Nr. 3 und des Internats in Dokutschajewsk durchgeführt. Etwa 400 Kinder mussten voller Schrecken vor dem ukrainischen Feuer im Keller Schutz suchen. Nur durch glücklichen Zufall wurden keine Kinder verletzt, aber ein großer Teil von ihnen hat ein großes psychisches Trauma erlitten. Außerdem ist eine Wohnung in einem mehrstöckigen Wohnhaus vollständig ausgebrannt, ein Friseurladen wurde beschädigt.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 63- mal das Regime der Feueereinstellung verletzt** und 132 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm sowie 309 des Kalibers 82mm auf das Territorium der Republik abgefeuert.

22 Ortschaften der Republik wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden zwölf Häuser zerstört oder



beschädigt.

### **Ein Soldat der Streitkräfte der DVR und ein Zivilist wurden verletzt.**

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Im einzelnen:

- 18 152mm-Haubitzen D-20;
- 12 152mm-Geschütze „Giazint-B“;
- 5 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“;
- 8 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;
- 2 Panzer T-72.

Im Stab der sogenannten ATO sind besondere Anweisungen aus Kiew eingegangen, Maßnahmen zur Lösung zweier wichtiger Fragen auszuarbeiten und durchzuführen. Erstens ist das die Ergreifung von operativen Maßnahmen zur Beseitigung – bis hinzu physischen – der nicht kontrollierten ukrainischen nationalistischen Kämpfer, die sich in der Konfliktzone befinden, die Befehle des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte sabotieren und durch ihre nicht vorhersagbaren Aktivitäten erhebliche Probleme schaffen. Die zweite Frage ist die Schaffung eines aufsehenerregenden Vorwands, den die militärisch-politische Führung der Ukraine nutzen könnte, um eine aktive Phase von Kämpfen gegen die Bevölkerung des Donbass zu entfachen.

Wir verfügen über **zuverlässige Informationen über Pläne der ukrainischen Seite** in der Zone der sogenannten ATO, **eine Spezialoperation** unter Führung des Kommandeurs der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte, des Kriegsverbrechers General Lunjow sowie von Vertretern des zentralen Apparats des Sicherheitsdienstes der Ukraine und der Nationalgarde **durchzuführen**.

Dazu wurden zwei zusammengesetzte Abteilungen mit je mehreren Einheiten geschaffen, zu denen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, insbesondere aus Spezialeinheiten, sowie des Sicherheitsdienstes der Ukraine der Nationalgarde der Ukraine gehören.

Zur ersten Abteilung gehören Spezialisten für Sprengstoffangelegenheiten und Scharfschützen, mit denen zusätzliche Übungen unter Führung ausländischer Spezialisten stattgefunden haben. Die Aufgabe der Abteilung ist die physische Liquidierung der anrühmlichsten Anführer und Kämpfer ukrainischer nationalistischer Freiwilligenformationen. Von uns wurden Mitglieder einiger Gruppen, die zu dieser Abteilung gehören, ermittelt:

1. Oberst Alexandr Iltschenko (SBU)
2. Oberstleutnant Alexandr Schidenko (SBU)
3. Oberstleutnant Wladimir Tschernenko (ukrainische Streitkräfte)
4. Major Jewgenij Jerschow (Spezialoperationskräfte)
5. Major Grigorij Lagunow (ukrainische Streitkräfte)
6. Major Dmitrij Butrimenko (Nationalgarde)
7. Major Bogdan Tokar (Nationalgarde)
8. Oberleutnant Sergej Snizerjow (Nationalgarde)
9. Leutnant Pawel Marusenko (Nationalgarde)
10. Hauptfeldwebel Michail Busmakow (Spezialoperationskräfte)
11. Oberfähnrich Wladimir Dsjubanenko (Nationalgarde)
12. Oberleutnant Oleg Timoschtschenko (Spezialoperationskräfte)
13. Obersoldat Sergej Iwantschenko (Nationalgarde)
14. Obersoldat Dmitrij Werbiwskij (Nationalgarde)
15. Soldat Nikolaj Butschinskij (Nationalgarde)

Die zweite Abteilung ist nicht weniger interessant. Zu ihr gehören Soldaten aus Spezialoperationseinheiten. Unter Führung ausländischer Instrukteure werden mit ihnen Übungen zur Durchführung von Diversions- und Terroraktivitäten und zum Schießen mit Mörsern durchgeführt. Der Plan der ukrainischen Spezialdienste sieht die Durchführung eines Mörserbeschusses auf Ortschaften auf den von Kiew besetzten Territorien sowie auf

Mitarbeiter internationalen Organisationen aus Bezirken, die nahe an der Kontaktlinie liegen, vor, um die Führung der Republik vorgeblicher Kriegsverbrechen zu beschuldigen und ein erhebliches öffentliches Aufsehen zu erzeugen.

Es wurden einige Mitglieder dieser Einheit aus den Spezialoperationskräften ermittelt:

1. Oberstleutnant Wjatscheslaw Isotow
2. Major Artjom Moshnij
3. Major Jewgenij Slominskij
4. Unterleutnant Alexandr Dudnikow
5. Feldwebel Jaroslaw Storschak
6. Feldwebel Igor Galimon

In dieser Woche hat eine amerikanische Militärdelegation die ukrainischen Truppen, die Aufgaben in der Zone der sogenannten ATO erfüllen, inspiziert. Die ukrainischen Generäle haben ihren westlichen Herren schwungvoll über die vollständige Bereitschaft der ihnen unterstellten Truppen zu Kampfhandlungen berichtet. Aber die amerikanischen Spezialisten waren mit dem beklagenswerten Zustand und der niedrigen Gefechtsbereitschaft „einer der besten Armeen Europas“, wie Poroschenko meint, äußerst unzufrieden. Dabei kamen recht viele Fragen über die Zweckmäßigkeit der Verwendung der Geldmittel, die aus dem Haushalt der USA für die Verteidigung der Ukraine ausgegeben wurden, auf. Am schlechtesten ist die Lage der Dinge in der 54. und 93. mechanisierten und der 25. Luftlandebrigade.

Nach der Abreise der amerikanischen Inspektion wurde ein Besuch der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte durch einige Kommissionen aus dem Stab der ATO bemerkt, die die Aufgabe hatten, die Beseitigung von Unzulänglichkeiten, die Suche und Bestrafung der Schuldigen zu kontrollieren. Die Kuratoren aus den USA kündigten an, die ukrainischen Truppen wiederholt zu überprüfen und erwarten, von den Generälen der ukrainischen Streitkräfte eine nachvollziehbare Antwort auf die Frage, wohin die Gelder der amerikanischen Steuerzahler gehen, zu hören.

Ukrinform.ua: Treffen von Klimkin und Lawrow in München

Die Außenminister der Ukraine und Russland, Pawlo Klimkin und Sergei Lawrow kommen zu einem Gespräch in München noch vor einem Treffen im „Normandie-Format“ zusammen. Das teilte Klimkin vor der Presse in München mit, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Themen des Gesprächs würden etwas anders sein, weil die Geiseln sehr wichtig seien. Das werde jetzt blockiert. „Ich werde Lawrow sagen, dass sie ihre Besatzungsadministration kontrollieren. Ich werde gewiss das Thema unserer politischen Häftlinge ansprechen, weil er sich gewöhnlich weigert, im „Normandie-Format“ darüber zu diskutieren. Und klar, ich werde mit ihm darüber sprechen, wie eine Friedensmission aussehen muss.“

de.sputniknews.com: Nato-Chef Stoltenberg für Dialog mit „entschlossenem Russland“

Russland bleibt im Visier der Nato, obwohl das westliche Militärbündnis derzeit keine spezielle Bedrohung gegen sich sieht. Das hat Nato-Generalsekretär Stoltenberg gegenüber Sputnik während einer Pressekonferenz auf der Münchner Sicherheitskonferenz erklärt. Dennoch bleibt laut ihm der gemeinsame Dialog das Ziel.

„Wir sehen im Moment keine immanente Bedrohung, die gegen ein Nato-Mitglied gerichtet sein könnte, aber wir sehen ein mehr und mehr entschlossenes Russland.“ Das sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Freitag in München gegenüber Sputnik. Er beantwortete damit unter anderem die Frage, ob und inwiefern das westliche Militärbündnis in der Russischen Föderation eine Gefahr für die globale Sicherheit erkenne.

Stoltenberg erklärte kurz vor dem offiziellen Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz:

„Was wir speziell seit 2014 beobachten, ist ein entschlossenes Russland, das bereit ist, militärische Mittel gegen seine Nachbarn einzusetzen.“ Er sprach erneut von einer Intervention Russlands in der Ost-Ukraine. „Außerdem stehen russische Truppen in Georgien und Moldawien.“

Deshalb müsse die Nato so reagieren, wie sie es derzeit tue. „Wir verstärken unsere Präsenz und unsere Truppen bei unseren östlichen Partnern.“ Stoltenberg verwies auf Polen und das Baltikum. Zudem versuche die Nato aktuell, ihre Mitglieder dazu zu bringen, „mehr in Verteidigung zu investieren.“ Das sei angesichts der aktuellen Sicherheitslage unabdingbar. „Wir reagieren“, so der Nato-Chef, „aber wir reagieren in einer angemessenen Art und Weise. Denn wir wollen ein Wettrüsten, einen erneuten Kalten Krieg vermeiden.“ Das Bündnis strebe einen Dialog mit Moskau an, obwohl es zwischen 2014 und 2016 keine Treffen mehr im Nato-Russland-Rat gegeben habe. „Wir arbeiten an einem Dialog mit Russland. Uns gelang es seit 2016, bereits sechs Treffen dieser Art durchzuführen.“

„Hier auf der Konferenz werde ich auch den russischen Außenminister Sergej Lawrow sprechen“, kündigte Stoltenberg an. Das gehöre zum angestrebten Nato-Russland-Dialog. „Gespräche sind immer wichtig. Aber angesichts der derzeitigen, angespannten Situation sind Gespräche sogar noch wichtiger.“

Dnr-online.ru: Mitteilung der Vertretung der DVR im GZKK:

Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben es seit Dezember des letzten Jahres bis heute die Wetterbedingungen nicht erlaubt Erdarbeiten durchzuführen, dennoch nimmt die ukrainische Seite die Anfragen nach Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten am Damm des Schlammbehälters 1. und III. Stufe für Industrieabfälle des Unternehmens „Dershinskij-Phenofabrik“ der „Inko und Co.“ GmbH in der Nähe von Nowgorodskoje wieder auf.

Vor dem Hintergrund der fehlenden Transparenz in der technologischen Argumentation für die Durchführung der angefragten Arbeiten unter den bestehenden Wetterbedingungen hat die OSZE-Mission in ihrem Bericht vom 14. Februar 2018 festgestellt, dass die ukrainische Seite **Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten als Deckung für die Ausrüstung neuer Feuerpositionen** ihrer Streitkräfte im Gebiet des Schlammbehälters nutzt:

„... Auf Grundlage von Luftbeobachtungsdaten am 7. Februar wurden 4 neue Positionen in einem Abstand von etwa 1 km nordöstlich, südöstlich, südwestlich und nordwestlich vom Schlammbehälter, der nicht weit von der Phenolfabrik in Nowgorodskoje (von der Regierung kontrolliert, 35 km nördlich von Donezk) entdeckt.“

Seit Oktober 2017 hat die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess mehrfach darüber berichtet.

Die ukrainische Seite sabotiert bewusst und zielgerichtet die Prinzipien der Arbeit im Rahmen des GZKK, das ein wichtiges Instrument zur Regelung des Konflikts im Bereich der Sicherheit ist.

Die Streitkräfte des Gegners verwenden weiter Möglichkeiten, Ressourcen und Vollmachten, die das GZKK zur Verfügung stellt, als Instrument zur Führung eines Informationskriegs und zur Deckung von aggressiven Angriffshandlungen und verletzen so grob die Minsker Vereinbarungen.

Wir rufen die OSZE-Mission und die Garantenstaaten auf, solche Handlungen der ukrainischen Seite zu verurteilen und alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Nutzung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten zur Ausrüstung neuer oder zur Verstärkung existierender Feuerpositionen nicht zuzulassen.

de.sputniknews.com: Züge Richtung Moskau bringen ukrainischer Bahn die meiste Kohle  
Der Zugverkehr aus Kiew und Odessa nach Moskau ist nach den Ergebnissen des Jahres 2017 die am meisten Gewinn bringende Richtung. Darüber berichtet das Portal Ib.ua unter

Bezugnahme auf Daten der Ukrainischen Eisenbahn.

Die einträglichste Zugverbindung ist die aus der ukrainischen Hauptstadt in die russische. Dieser Reisezug sei im Durchschnitt zu 77 Prozent ausgelastet und bringe 154 Millionen Griwna (etwa 4,61 Millionen Euro) Gewinn. Die nach dem erzielten Gewinn an zweiter Stelle folgende Eisenbahnverbindung ist die aus Odessa nach Moskau. Dieser Reisezug sei durchschnittlich zu 89 Prozent besetzt und bringe Einnahmen in Höhe von 98 Millionen Griwna (etwa 2,93 Millionen Euro).

Ein einträgliches Geschäft seien auch die anderen Zugverbindungen nach Russland, darunter solche wie Chmelnyzkyi-Moskau, Lwiw-Moskau, Kowel-Moskau sowie Charkiw-Moskau. Zugleich sei die Personenbeförderung in den Reisezügen innerhalb der Ukraine im vergangenen Jahr insgesamt zutiefst verlustbringend gewesen. Die Einbußen sollen 3,5 Milliarden Griwna (etwa 104,7 Millionen Euro) erreicht haben.

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland stecken seit den Ereignissen von 2014 – dem nationalistischen Putsch in Kiew, der Wiedervereinigung der Krim mit Russland, dem Konflikt im Donbass – in einer tiefen Krise. Die Kontakte der einfachen Bevölkerung zu ihren Verwandten und Freunden in Russland sind indes weiterhin recht aktiv. Viele Ukrainer arbeiten in Russland, um ihre Familien zu Hause ernähren zu können.

Ergänzend sei gesagt, dass Kiew im September 2015 Russland-Sanktionen im Flugverkehr verhängt hatte. Sie betreffen 25 russische Flugunternehmen, darunter solche wie Aeroflot und Sibir (S7). Für sie sind die Beförderung von Transitgütern sowie die Verkehrs- und Frachtflüge über der Ukraine teilweise oder völlig verboten.

Moskau hatte daraufhin mit einem Flugverbot für ukrainische Fluggesellschaften nach Russland reagiert. Das seitdem existierende gegenseitige Flugverbot zwischen der Ukraine und Russland hat zu einer stärkeren Auslastung der Zugverbindungen in das östliche Nachbarland geführt, was der Ukrainischen Eisenbahn mehr Einnahmen gebracht hat.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31956/80/319568093.jpg>

ukrinform.ua: Sanktionen: Regierung will russische Software verbieten

Die Regierung der Ukraine hat einen Gesetzentwurf über Sanktionen gegen Softwareprodukte aus Russland ins Parlament eingebracht.

Der Gesetzentwurf wird auf der Webseite der Werchowna Rada veröffentlicht. Er sieht das Verbot oder die Einschränkung für die Anwendung der Software oder

Telekommunikationsgeräte aus Russland an den Einrichtungen der kritischen Infrastruktur in

der Ukraine vor. Damit werden Rechtsgrundlagen geschaffen, auf die Gefahr für nationale Sicherheit der Ukraine schnell und effektiv zu reagieren.

Für die neuen Sanktionen schlägt die Regierung vor, das gültige Gesetz „Über die Sanktionen“ zu ändern.

**Smdnr.ru: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat in einem Erlass vom 9. Februar angewiesen, Krankenwagen für die medizinischen Einrichtungen zu kaufen, um Transport und Monitoring des Zustands von Patienten in der vorklinischen Etappe zu gewährleisten.**

rusvesna.su: IWF: Die Ukraine sollte bald die staatlichen Unternehmen verkaufen  
Der Leiter der Mission des Internationalen Währungsfonds Rod van Roden erklärte, dass die Ukraine unbedingt mit der Privatisierung von Staatsbetrieben beginnen müsse mit dem Ziel, Investitionen attraktiv zu machen und Korruption zu bekämpfen.

„Jetzt ist es an der Zeit, Staatsunternehmen zu verkaufen, was die wirtschaftliche Situation verbessert und die Situation mit der Korruption“, sagte er während eines Treffens mit dem Sprecher der Obersten Rada Andrej Parabuj in Kiew.

Außerdem erklärte er, dass die Ukraine große Investitionen benötige, aus dem Inland und aus dem Ausland.

Daraufhin äußerte Parabuj auf van Rodens Worte, dass er hoffe, die Privatisierung in der Ukraine schon in diesem Frühjahr beginnen zu könne

ukrinform.ua: Reformen in der Ukraine: Weltbank sagt Unterstützung zu

Im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen dem ukrainischen Finanzminister, Olexandr Danyljuk, und dem Vizepräsidenten der Weltbank für Europa und Zentralasien, Cyril Muller, stand die Umsetzung von Strukturreformen in der Ukraine.

Das Treffen von Danyljuk und Muller mit Teilnahme des Vize-Finanzministers Juri Betsa und Satu Kahkonen, der Direktorin der Weltbank für die Ukraine, Weißrussland und Moldau, fand am 14. Februar statt. Laut der Pressemeldung hätten die Vertreter der Weltbank Fortschritte bei der Umsetzung von Schlüsselreformen in der Ukraine festgestellt. Die Bank werde die Umsetzung der Renten- und Gesundheitsreform in der Ukraine weiter konsultieren. Nach Worten von Muller unterstütze die Bank korporative Reformen in den Staatsbanken, die Schaffung des Bodenmarkts und Reformen im Energiesektor.

de.sputniknews.com: Lawrow: USA beanspruchen Riesen-Teil Syriens für sich - um für immer zu bleiben

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat am Freitag seine Auffassung der US-Strategie in Syrien dargelegt. Laut ihm will Washington einen riesigen Teil Syriens vom Rest des Landes absondern, um dort für immer zu bleiben.

„Es ist klar, dass die USA irgendeine Strategie haben, die meiner Meinung nach darin besteht, mit ihren Streitkräften für immer in Syrien zu bleiben“, sagte Lawrow in einem Interview für den Sender „Euronews“. Das gleiche strebe Washington jetzt im Irak und in Afghanistan an – trotz aller bisherigen Versprechen.

„Sobald sie sich in Syrien für immer niedergelassen haben, werden sie darauf hinarbeiten, einen riesigen Teil des syrischen Territoriums vom Rest des Landes abzusondern – unter Verletzung der territorialen Integrität Syriens“, so der russische Chefdiplomat weiter. Die USA schaffen laut ihm in diesem Teil Syriens irgendwelche quasi-örtlichen Behörden und versuchen mit allen Mitteln, dort irgendeine Art Autonomie mit Unterstützung der Kurden zu bilden.



de.sputniknews.com: OSZE meldet Offensive ukrainischer Armee im Donbass

Die ukrainischen Truppen sind weit in den Raum Nowoaleksandrowka im Westen des Gebietes Lugansk vorgedrungen, teilte der Vizechef der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, bei einem Pressebriefing mit.

Nach seinen Worten hat er auf seiner Reise in das Gebiet Lugansk selbst ukrainische Soldaten gesehen.

Die Beobachter hätten in der Vorwoche 15 Geschütze gesehen, die unter Verletzung der abgestimmten Entflechtungslinien stationiert gewesen seien, so Hug. Neun davon hätten sich in durch Kiew kontrollierten Gebieten befunden.

Laut Hug hatte die Mission am 5. Februar zehn Mehrfachraketenwerfer in der Nähe des von Kiew nicht kontrollierten Ortes Chrystalny und am 8. Februar acht Anlagen dieses Typs in dem von Kiew kontrollierten Ort Topolinoje beobachtet.

Nach Angaben der selbsterklärten Lugansker Volksrepublik (LVR) sollen die ukrainischen Truppen dreimal im Laufe des Tages den Waffenstillstand verletzt haben. Es seien dabei Volkswehrstellungen in den Orten Kalinowka, Kalinowo und Nischneje Losowoje unter Beschuss genommen worden.

Aus der selbsterklärten Donezker Volksrepublik (DVR) verlautete, dass die Umgebung der Stadt Gorlowka beschossen worden sei. Wie Vertreter der DVR zuvor erklärt hatten, bereite Kiew eine bewaffnete Aggression im Donbass vor, was eine enorme Zahl an Opfern fordern könnte.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31956/06/319560661.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Volksmiliz erhöht weiter täglich ihrer Professionalität und Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und Gewährleistung der Sicherheit der Einwohner der Republik. Im Zeitraum vom 9. bis zum 16. Februar wurden in den Truppenteilen und Einheiten Übungen zur militärischen Ausbildung und zur Koordination der Einheiten sowie Trainings zur Erreichung verschiedener Ausbildungsebenen durchgeführt.

Auf dem Truppenübungsplatz „Zentralnyj“ führen Panzer- und Panzergrenadiereinheiten Feuertrainings, Trainings zur Koordination des Artilleriefeuers durch, die Luftabwehreinheiten Prüfungsschießübungen durch. Außerdem wurden Übungen für Züge

durchgeführt, bei denen Fragen von beweglicher Verteidigung, Abwehr von Angriffen und Gegenangriffen des Gegners bearbeitet wurden. Es wurden Übungen mit Kommandeuren von Artilleriezügen und zur Feuerleitung durchgeführt.

Im Ausbildungszentrum der Volksmiliz der LVR findet ein neues Ausbildungsprogramm für Scharfschützen und Soldaten von Spezialeinheiten zum Kampf gegen Diversions- und Erkundungsgruppen statt.

Außerdem fand in der letzten Woche ein Turnier im Nahkampf unter Soldaten der Volksmiliz statt, das dem Andenken von Oberst Oleg Anaschtschenko gewidmet war.

**Die ukrainischen Truppen haben die Aufklärung unter Nutzung von Drohnen an der Kontaktlinie aktiviert**, unter anderem zur Feuerleitung der Artillerieeinheiten.

Von uns wurden Drohnenflüge in den Gebieten von Solotoje, Nowotoschkowskoje und Shelobok im Verantwortungsbereich der 58. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

**In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 14-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt.**

Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen: 152mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzern, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 236 Geschosse abgefeuert.

Im Vergleich zu vorangehenden Woche hat sich die Zahl der Beschießungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte nicht verändert.

**In der letzten Woche wurden von den ukrainischen Truppen die Gebiete von Nishneje Losowoje, Kalinowka, Logwinowo, Losowoje, Kalinowo, Kalinowo-Bortschtschewatoje beschossen.**

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Majstrenko und der Kommandeur der 10.

Gebirgskriegsbrigade der ukrainischen Streitkräfte Subanitsch.

In der letzten Woche wurde in den OSZE-Berichten das Fehlen folgender Waffen der ukrainischen Streitkräfte an den Abzugsorten registriert: 6 152mm-Haubitzen „Giazint-B“; 19 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“; 3 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwodzika“; 14 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“; 28 T-64-Panzer; 6 120mm-Mörser.

Die Aufklärung der Volksmiliz der LVR entdeckt weiter von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Walujskoje wurde die Bewegung von zwei 152mm-Artilleriegeschützen „Akazija“ festgestellt. In Nowoswanowka wurden Feuerpositionen einer Mörserbatterie mit 6 82mm-Mörser, in Mironowskij zwei Feuerpositionen von 122mm-Artilleriehaubitzen D-30 aus dem Bestand der 54. Brigade und in Olchowoje die Konzentration von Waffen und Militärtechnik des Gegners in einer Menge von 10 Stück, darunter vier leicht gepanzerte Vielzwecktransporter und vier Schützenpanzer, entdeckt.

**Der Gegner konzentriert weiter militärisches Potential entlang der Kontaktlinie.**

Es wurde festgestellt, dass im Gebiet von Shelobok durch Personal der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte technische Arbeiten zur Ausrüstung neuer Positionen durchgeführt werden.

Eine wurde eine Verstärkung von Frontpositionen der ukrainischen Streitkräfte mit Personal und Militärtechnik in den Gebieten von Orechowo und Nowotoschkowskoje festgestellt.

Außerdem erfolgen Materiallieferung auf die Positionen der Einheiten der 10.

Gebirgskriegsbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Katerinowka.

Was die anhaltenden Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von der ukrainischen Seite betrifft, will ich anmerken, dass solange an der Kontaktlinie faschistisch-nationalistische Einheiten des „Rechten Sektors“ sind, die Serienmörder und Nazisten heranziehen, von keinem Regime der Feueereinstellung die Rede sein kann.

Diese Menschen sind vor allem zur Fortsetzung der blutigen Kämpfe im Donbass bereit.

de.sputniknews.com: „EU zieht vor Kiew den Schwanz ein“: Willy Wimmer zu Schießbefehl für Maidan-Massaker

Die mutmaßlichen georgischen Scharfschützen vom Maidan-Massaker, bei dem am 20. Februar 2014 in Kiew 53 Menschen getötet wurden, haben ausgesagt, dass die Schießbefehle von heutigen Rada-Abgeordneten kamen. Sputnik spricht mit dem Ex-Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Willy Wimmer über die Rolle der EU beim Maidan-Massaker.

*Herr Wimmer, wie bewerten Sie die Aussagen der mutmaßlichen georgischen Scharfschützen und die neuen Erkenntnisse zum Maidan-Massaker?*

Ich sehe das zunächst unter dem Gesichtspunkt: Wo ist denn eigentlich unsere EU-europäische Verantwortung für die damalige Entwicklung? Wir haben zu den Ereignissen auf dem Maidan immer die Erinnerung an die Ereignisse in Peking auf dem Tian'anmen-Platz hochgezogen. Damals in Peking hat der Westen und auch die europäische Gemeinschaft alles getan, um eine Aufklärung und internationale Überprüfung der Ereignisse durchführen zu können, damit man weiß, wer zu solchem verbrecherischen Tun fähig ist.

Im Zusammenhang mit einem europäischen Ereignis der gleichen Kategorie wie Tian'anmen, nämlich auf dem Maidan-Platz, hat EU-Europa den Schwanz eingezogen und kuschelt vor einem skrupellosen Regime in Kiew. Vom ersten Tag der Maidan-Ereignisse an hat es durch abgehörte Telefonate Hinweise darauf gegeben, dass diejenigen, die den Putsch in Kiew durchgezogen haben, auch diejenigen waren, die die Verantwortung für dieses Massaker an ihren Fingern haben.

Deswegen müsste das Europa der Europäischen Union beschämt sein über seine rückgratlose, kriecherische Politik gegenüber denen, die den Putsch in Kiew durchgezogen und das Maidan-Massaker zu verantworten haben.

*Wie erklären Sie sich diese zurückhaltende Reaktion beziehungsweise sogar Unterstützung der Putschisten durch europäische Politiker?*

Das ist ein Komplizenhaftes Verhalten, was die Europäische Union da an den Tag gelegt hat. Und wir sehen jeden Tag in unserer Presse, dass alle führenden Medien offensichtlich einer Gehirnwäsche unterzogen worden sind, um ein Trugbild vom Putsch, vom Massaker auf dem Maidan und vom Referendum auf der Krim aufrechtzuerhalten, um die Politik der Europäischen Union und der Nato gegenüber der Russischen Föderation zu legitimieren. Das ist pervers, wie es schlimmer nicht sein kann.

*Sind diese Quellen, die georgischen Scharfschützen, zuverlässig? Oder steckt da ein Komplott gegen die Rada, gegen die Ukraine oder vielleicht sogar gegen Wladimir Putin dahinter?*

Ich hatte, bevor das in der internationalen Presse eine Rolle spielte, aus der Bundeswehr Hinweise bekommen, dass in Schweden entsprechende Veröffentlichungen nachzulesen seien, die genau das wiedergegeben haben, was dann unter Hinweis auf diese georgischen Scharfschützen zu lesen war. Aber solange es keine internationale saubere Untersuchung der Ereignisse auf dem Maidan gibt, wo man den Anspruch hat, ein faires Verfahren durchzuführen, traue ich niemandem über den Weg. Die Europäische Union hat auch auf eine Aufklärung dieser Art keinen Wert gelegt. Wenn irgendwelche Gerichte auf Kreisebene in der Ukraine das untersuchen, dann kann ich nach den Erfahrungen, die wir mit der Ukraine seit 2014 machen müssen, nur sagen: Da kann man genauso gut ein Kreisgericht auf dem Mond einrichten.

*Georgiens Ex-Präsident Michail Saakaschwili wurde nach Polen abgeschoben, gleich nachdem Sputnik die Publikation der Ermittlungen angekündigt hatte. Am nächsten Tag sollte Saakaschwili vor einem ukrainischen Gericht zum Fall der Scharfschützen aussagen. Hat Saakaschwili mehr Informationen?*

Ich kenne den früheren Präsidenten Saakaschwili aus Georgien aus meiner internationalen

Tätigkeit in der OSZE hinlänglich und gut genug. Mir fällt zu diesem Mann und zu diesem Menschen eigentlich nichts mehr ein. Deswegen will ich mich auch nicht an Spekulationen über seine Aussagefähigkeit beteiligen.

*Meinen Sie, dass die neuen Erkenntnisse Auswirkungen haben werden und vielleicht auch deutsche Politiker zum Umdenken bewegen?*

Deutsche Politiker sind auch durch die Wirklichkeit nicht zum Umdenken zu bewegen. Sie dackeln der Nato und den führenden Kräften hinterher. Da kann man nicht von Erleuchtung sprechen.

*Die Scharfschützen haben sich bereit erklärt, vor dem Gericht auszusagen. Wie sollte man hier weiter vorgehen? Sollte es nicht auch eine Anzeige gegen die zuständigen Angeordneten geben?*

Das müssen die Ukrainer selber entscheiden, wenn sie einen Weg zum Rechtsstaat finden sollten. Aber an den Möglichkeiten und Erfordernissen eines normalen europäischen Staates kann man die Ukraine seit 2014 nicht mehr messen.

[ukrinform.ua: Regierung bringt Entwurf zur Änderung des Bildungsgesetz ins Parlament ein](#)  
Das Ministerkabinett hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bildungsgesetzes in die Werchowna Rada eingebracht.

Das wird auf der Webseite des Parlaments mitgeteilt. Der Gesetzentwurf wurde bisher auf der Webseite nicht veröffentlicht.

Die Regierung hatte am 14. Februar eine Verlängerung der Übergangszeit für die Umsetzung der Norm des Gesetzes über die Unterrichtssprache in den Schulen beschlossen, gemäß den Empfehlungen der Venedig-Kommission (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht)

[Lug-info.com: „Heute, am 16. Februar, fand auf dem Altschewsker Platz des 50. Jahrestags des Leninschen Komsomol eine Niederlegung von Blumen am Denkmal für die in den Kämpfen für die Heimat Gefallenen statt, das dem dritten Jahrestag des Sieges der Miliz des Donbass in der Tschernuchino-Debalzewo-Operation gewidmet war“, teilte das Bürgermeisteramt von Altschewsk mit.](#)

„Die Tschnuchino-Debalzewo-Operation war eines der blutigsten Geschehnisse in der neuesten Geschichte der Bruderrepubliken. Hunderte unserer Verteidiger und friedlicher Einwohner liegen nun für immer in der Heimerde“, sagte die Bürgermeisterin von Altschewsk Natalja Pjatkowa.

„Der Sieg kostete einen hohen Preis. Wir haben Schmerz und Trauer wegen der Verluste erfahren. Das Andenken an die Heldentat unserer Verteidiger werden wir den kommenden Generationen weitergeben“, fügte sie hinzu.





[http://img.lug-info.com/cache/6/9/IMG\\_20180216\\_095013\\_HDR.jpg/w620h420.jpg](http://img.lug-info.com/cache/6/9/IMG_20180216_095013_HDR.jpg/w620h420.jpg)

de.sputniknews.com: UN-Generalsekretär dankt Russland für Einsatz in Syrien  
UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat Russlands Einsatz für eine politische Regelung in Syrien und den innersyrischen Dialog gelobt. Er hat sich am Freitag in München dafür bedankt. Aus seiner Sicht ist eine friedliche politische Lösung des langandauernden Konfliktes möglich.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat auf der Münchner Sicherheitskonferenz am Freitag der Russischen Föderation für deren Einsatz für eine politische Friedenslösung in Syrien gedankt.

Moskau habe mit der Konferenz in Sotschi Ende Januar bewiesen, dass es ernsthaft daran interessiert sei. „Sie haben sich an die Verpflichtungen gehalten, die eingegangen wurden.“ Die Konferenz in Sotschi habe die am Konflikt in Syrien beteiligten Seiten zusammengebracht und gezeigt, dass ein Dialog möglich ist, betonte Guterres. Damit sei die Rolle der Genfer Gespräche bestätigt worden. Guterres hoffe, dass auch die Gespräche in Genf unter UN-Regie weitere Fortschritte für eine friedliche Lösung des Syrien-Konflikts bringen können. Er zeigte sich überzeugt, dass eine solche Lösung möglich ist.

### **Abends:**

de.sputniknews.com: Einstündiges Treffen Lawrow-Klimkin in München ohne Ergebnis zu Ende gegangen.

Ein nahezu einstündiges Treffen der Außenminister Russlands und der Ukraine, Sergej Lawrow und Pawel Klimkin, ist am Freitag ohne Ergebnis zu Ende gegangen. Das teilte Klimkin nach dem Gespräch in München mit.



„Erörtert wurde das Problem des Einsatzes von UN-Friedenskräften im Donbass und des Gefangenenaustauschs. Es gab aber keine greifbaren Resultate... Russland hat eine andere Position zu diesen Fragen. Wir werden weiter arbeiten“, sagte der ukrainische Außenamtschef nach Angaben des TV-Senders 112 Ukraina.

Das war das zweite Treffen der beiden Minister in den letzten drei Monaten. Zuletzt hatten Klimkin und Lawrow in Wien verhandelt.

de.sputniknews.com: US-Aufklärungsdrohne späht Donbass erneut aus.

Eine strategische US-Drohne RQ-4A Global Hawk 9 hat am Freitag einen Aufklärungsflug entlang der Trennlinie im Donbass absolviert und sich der russischen Grenze genähert.

Die Flugroute der Drohne veröffentlichte das Webportal CivMilAir auf Twitter, das die Bewegungen der militärischen Luftfahrt verfolgt. Demnach soll die Drohne über dem Konfliktraum im Donbass geflogen sein und sich dann in Richtung des südrussischen Gebiets Rostow begeben haben.

Seit Jahresbeginn waren nach Sputnik-Informationen mindestens 14 Mal US-Aufklärungsflugzeuge nahe der westlichen Grenzen Russlands unterwegs. Im Januar hatte eine strategische US-Aufklärungsdrohne RQ-4A Global Hawk eine Mission über dem Schwarzen Meer nahe der russischen Halbinsel Krim unternommen.